

BmG-Infobrief 03/2022

Burgwedel, den 3. Mai 2022

Frühjahrgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute: BIP steigt 2022 um 2,7 %

Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute haben ihr Frühjahrgutachten mit dem Titel „**Von der Pandemie zur Energiekrise – Wirtschaft und Politik im Dauerstress**“ vorgelegt. Mit einem BIP-Zuwachs von real 2,7 % im Jahr 2022 prognostizieren sie darin eine deutlich langsamere Erholung der deutschen Wirtschaftsleistung als noch im Herbst 2021 erwartet. Dabei schlagen sich insbesondere die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine und die damit verbundenen wirtschafts- und energiepolitischen Verwerfungen nieder. 2021 war das BIP, nach einem Corona-bedingten Rückgang um -4,6 % im Jahr 2020, noch um +2,9 % gestiegen. Die Institute unterstellen in ihrer Prognose, dass sich der militärische Konflikt nicht ausweitet und die Sanktionen gegenüber Russland bestehen bleiben, es aber nicht zu einem vollständigen Einfuhrstopp von fossilen Energieträgern kommt.

- Trotz der aktuellen Krise dürfte sich die Binnennachfrage 2022 alles in allem positiv entwickeln. Das Auslaufen vieler Corona-Schutzmaßnahmen führt insbesondere beim privaten Konsum zu einem kräftigen Plus (real +4,7 %). Der staatliche Konsum nimmt nach der starken Expansion der Vorjahre mit +0,6 % nur noch leicht zu. Die Ausrüstungsinvestitionen dürfte aufgrund der unsicheren Lage, aber auch wegen bestehender Materialengpässe und Schwierigkeiten bei Lieferketten mit real +1,0 % lediglich marginal ansteigen.
- Ausgehend von einer Überwindung der Lieferengpässe im Jahresverlauf erwarten die Institute unter dem Strich positive Effekte vom Außenhandel. Demnach dürften die Exporte um real +4,9 %, die Importe um +5,5 % ansteigen.
- Das hohe Inflationsniveau (März 2022: +7,3 %) dürfte über das gesamte Jahr erhalten bleiben; die Institute gehen von einer jahresdurchschnittlichen Steigerung um 6,1 % aus. Ursache dafür sind auf der Angebotsseite die stark gestiegenen Preise für Energie und Rohstoffe sowie Vorleistungsgüter und auf der Nachfrageseite die pandemiebedingt hohe Konsum- und Ausgabebereitschaft.
- Der Arbeitsmarkt dürfte sich trotz der aktuellen Krise unter dem Strich positiv entwickeln, da zwar Arbeitszeit und -produktivität sinken dürften, nicht aber die Zahl der Arbeitsstellen. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte 2022 um rund 530.000 steigen und mit knapp 45,5 Mio. das Vorkrisenniveau übertreffen. Die Zahl der Arbeitslosen geht auf 2,3 Mio. zurück (-0,3 Mio., Quote: 5,0 %).
- Für 2023 erwartet die Gemeinschaftsdiagnose eine Verstetigung des moderaten Aufwärtstrends (BIP insgesamt: +3,1 %; darunter privater Konsum +3,4 %, Ausrüstungsinvestitionen +13,4 %, Export +4,6 %, Import +5,2 %).



Raiffeisenstraße 8
30938 Großburgwedel
Tel. 05139 9599-30
Fax 05139 9994-51
www.fachvereinigung-bmg.de
info@fachvereinigung-bmg.de

DEUTSCHE
BETONBAUTEILE

Die Verbraucherpreise dürften sich zwar etwas normalisieren, mit +2,8 % im Jahresdurchschnitt aber auf hohem Niveau bleiben.

- Den Verlauf der Bauinvestitionen schätzen die Institute unter dem Titel **„Materialengpässe dämpfen Baukonjunktur“** verhalten optimistisch ein.

„Die Baukonjunktur war im zweiten Halbjahr 2021 von Materialengpässen geprägt. Diese führten zu stärkeren und länger andauernden Beeinträchtigungen der Bauinvestitionen, als sich noch im Herbst abgezeichnet hatte. Trotz voller Auftragsbücher brachen die Bauinvestitionen im dritten Quartal über alle Sparten hinweg ein (-3,7 %) und stagnierten zum Jahresende lediglich. Zwar stiegen die nominalen Umsätze im vierten Quartal deutlich, allerdings sorgten stark steigende Preise dafür, dass die realen Bauinvestitionen nicht ausgeweitet wurden. Im Jahr 2021 betrug der Preisanstieg für Bauinvestitionen insgesamt über 8 %.

Zu Jahresbeginn 2022 hat sich zunächst eine spürbare Erholung angedeutet. Das milde Wetter begünstigte die Bauproduktion, die im Januar um gut 10 % gegenüber dem Vormonat zunahm. Außerdem signalisierten die Bauunternehmen allmählich nachlassende Materialengpässe. Somit dürfte der Auftragsüberhang im Januar und Februar zum Teil abgearbeitet worden sein. Die einsetzende Entspannung bei den Lieferengpässen wurde dann jedoch durch die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs unterbrochen. Viele Bauunternehmen klagen erneut über Engpässe und starke Preissteigerungen bei Baumaterialien, insbesondere Stahl und Bitumen, welche die Bauproduktion behindern und teilweise Baustopps nach sich ziehen. Verteuerter Dieselmotorkraftstoff sorgt darüber hinaus für höhere Transportkosten. Die unsichere Preisentwicklung dürfte die Planung von Bauprojekten erschweren und die Dynamik im Prognosezeitraum bremsen. Dies zeichnet sich bereits in einem Rückgang der Lageeinschätzung durch die vom ifo Institut befragten Bauunternehmen ab.

Der Wohnungsbau ist in der ersten Jahreshälfte voraussichtlich noch am wenigsten vom Krieg in der Ukraine betroffen. So dürfte die Materialengpässe im Ausbaugewerbe, das für den Wohnungsbau eine gewichtige Rolle spielt, etwas weniger zu Buche schlagen als im Hoch- und Tiefbau. Die Produktion im Ausbaugewerbe legte im Januar am stärksten unter allen Baubereichen zu (+14 % gegenüber dem Vormonat). Hinzu kommt, dass es mit der Aussicht auf zukünftig etwas schlechtere Finanzierungsbedingungen einen triftigen Grund gibt, Wohnungsbauprojekte rasch zu verwirklichen. Diese Dynamik spiegelt sich auch in den Auftragseingängen wider, die im Januar um 9 % zunahmen. Im weiteren Prognosezeitraum dürfte die Nachfrage nach Wohnraum hoch bleiben. Insgesamt rechnen die Institute mit einem Anstieg der Wohnungsbauinvestitionen von 2,0 % im laufenden Jahr und 2,2 % im kommenden Jahr.

Die Produktion im Nichtwohngebäude verlief zu Beginn des Jahres etwas verhaltener. Darüber hinaus ist hier von größeren Belastungen durch die anhaltenden Störungen der Lieferketten auszugehen. So dürfte der Mangel an Stahl und Bitumen den Tiefbau besonders stark beeinträchtigen. Daher rechnen die Institute für das zweite Quartal mit einem leichten Rückgang der Nichtwohnungsbauinvestitionen, der jedoch im weiteren Jahresverlauf aufgeholt werden dürfte. Vor allem der öffentliche Bau dürfte ab der zweiten Jahreshälfte wieder Dynamik entfalten, was auf die bereits im Jahr 2020 angelegten Investitionen aus dem damaligen Konjunktur- und Zukunftspaket, die unter anderem den Ausbau von Kindertagesstätten und Breitbandversorgung vorsehen, und auf zusätzliche Investitionen für den Klimaschutz zurückgehen dürfte. Stützend wirkt

zudem die insgesamt gute Finanzlage der Kommunen, die durch die Corona-Krise kaum geschwächt wurde. Für das kommende Jahr ist daher mit kräftigen Impulsen zu rechnen. Bedingt durch das starke Schlussquartal 2021 ergibt sich für dieses Jahr eine Expansion der öffentlichen Nichtwohnungsbauinvestitionen um 1,8 %. Für das kommende Jahr erwarten die Institute eine Ausweitung um 2,9 %. Für den Nichtwohnungsbau insgesamt bedeutet das Zuwächse um 0,6 % bzw. 1,8 %.

Alles in allem rechnen die Institute mit einem Anstieg der gesamten Bauinvestitionen um 1,5 % in diesem und 2,0 % im kommenden Jahr. Die Baupreise dürften im Jahr 2022 außerordentlich stark zulegen. Mit einer Steigerung um über 10 % erwarten die Institute die höchste Veränderung des Deflators der Bauinvestitionen seit der Wiedervereinigung. Im Jahr 2023 werden die Baupreise wegen wohl wieder etwas niedrigerer Rohstoffpreise deutlich weniger steigen. Mit 3,6 % liegt der prognostizierte Preisanstieg aber weiterhin über dem langjährigen Durchschnitt.“

- In einem Alternativszenario untersuchen die Wirtschaftsforschungsinstitute, welche Auswirkungen ein Lieferstopp für Energieimporte aus Russland für die deutsche Volkswirtschaft hätte. Demnach würde es zu Produktionsausfällen im Verarbeitenden Gewerbe, stark gestörten Lieferketten und einem deutlich schwächeren Konjunkturverlauf kommen. Erst ab Mitte 2023 wäre wieder ausreichend Gas aus alternativen Quellen verfügbar, so dass die Produktion wieder hochgefahren werden könnte. In diesem Szenario würde das BIP 2022 um lediglich 1,9 % wachsen und 2023 um 2,2 % zurückgehen. Die Inflation wäre mit 7,3 % im laufenden und 5,0 % im kommenden Jahr noch einmal deutlich höher als im Basisszenario, insbesondere bedingt durch hohe Energiepreise. Die Preissteigerungen führen zu Kaufkraftverlusten und damit zu Einschränkungen des privaten Konsums. Die Investitionen in Ausrüstungen und Bauten wären ebenfalls deutlich niedriger als im Basisszenario, bedingt durch fehlende Vorleistungen und die Produktionsdrosselung im Verarbeitenden Gewerbe.

Die Tabellen zu den Eckdaten der Prognose sowie zu den realen Veränderungen der Bauinvestitionen sind beigefügt. Das vollständige Gutachten finden Sie unter [diesem Link](#).